



ufe begrüßt die EU-Zinssteuerrichtlinie

Die ufe begrüßt die EU-Zinssteuerrichtlinie, die der Ministerrat nach langen Verhandlungen einstimmig beschlossen hat. Nach dieser Richtlinie werden die 12 EU-Staaten ihr Bankgeheimnis für Konten von EU-Ausländern abschaffen und durch einen automatischen Informationsaustausch ersetzen.

Lediglich Luxemburg, Belgien und Österreich dürfen ihr Bankgeheimnis zunächst behalten.

Im Gegenzug müssen sie aber eine Quellensteuer auf Zinserträge von EU-Ausländern einführen, die stufenweise steigt. Ab 2004 wird sie zunächst 15 % betragen, nach drei Jahren auf 20 % steigen und ab 2010 auf 35 % erhöht.

Am geplanten automatischen Informationsaustausch müssten sich Luxemburg, Belgien und Österreich erst dann beteiligen, wenn die Schweiz ebenfalls Informationen über Bankkunden von EU-Bürgern nach OECD-Standard liefert.

Die Union des Finanzpersonals in Europa (ufe) begrüßt die Einigung als akzeptablen Kompromiss und einen Schritt zu mehr Steuerehrlichkeit. Luxemburg, Belgien und Österreich haben durch die Einigung bewiesen, dass sie im Geist der EU bemüht sind, den anderen Mitgliedstaaten kein Kapital durch „unfaire Praktiken“ zu entziehen.

Berlin, den 22. Januar 10.45 Uhr